

## **Kosovo kann sich jederzeit wiederholen**

Anderthalb Jahre nach dem Krieg der Nato gegen die Bundesrepublik Jugoslawien weigern sich die Repräsentanten unseres Staates noch immer beharrlich, Rechenschaft über diesen Krieg abzulegen. Dies ist eine Schande für einen demokratisch regierten Staat, ein Angriff auf die Demokratie. Der Krieg soll offenbar aus dem kollektiven Gedächtnis verdrängt werden. Umso größer wird aber die Gefahr, daß der Fall Kosovo jederzeit wiederholt werden kann. Wir wollen Bilanz ziehen und dem Vergessen widerstehen.

Mit dem Argument, die Vertreibung von 180 000 Kosovo-Albanern zu beenden, hat die Nato einen völkerrechtswidrigen Krieg vom Zaun gebrochen und dadurch die serbischen Greuelthaten und die Vertreibung von 1,6 Millionen Kosovo-Albanern erst richtig ausgelöst. Der Krieg verursachte 100 Mrd. Dollar Kriegsschäden, 5000 Kriegstote und irreversible ökologische Schäden. Der Hass zwischen Kosovo-Albanern, Serben und anderen ethnischen Gruppen wurde tiefer denn je, die Demokratisierung Serbiens wurde auf Jahre zurückgeworfen.

Die Kosovo-Albaner übten nach Kriegsende ihrerseits mit Greuelthaten Rache und vertrieben 350.000 Serben und 150.000 Roma, die mit den Serben angeblich kollaboriert hätten. Alle Hoffnungen auf ein friedliches Zusammenleben verschiedener Ethnien im Kosovo wurden gründlich zerstört und nationalistische Ideologien in ganz Jugoslawien gestärkt. Die „humanitäre Intervention“ stellte sich in Wahrheit als eine Intervention gegen die Humanität heraus. Die Menschenrechte wurden zu Kriegszwecken mißbraucht und dadurch in ihrer Substanz angegriffen.

Mit ihrem Angriffskrieg trat die Nato die UN-Charta mit Füßen. Auch das Grundgesetz der Bundesrepublik Deutschland und der Zwei-Plus-Vier-Wiedervereinigungsvertrag wurde verletzt. Wie Milosevic stellt sich auch die Nato über das international bindende Recht. Sie erklärte sich zum Richter, sprach Milosevic für schuldig und vollstreckte selbst das Urteil. Dies widerspricht diametral den rechtsstaatlichen Grundsätzen und fügt dem Rechtsbewußtsein in der ganzen Welt einen nicht wiedergutzumachenden Schaden zu. Dadurch wurde nicht nur dem russischen Kriegszug gegen das kleine tschetschenische Volk Vorschub geleistet, sondern wurden auch andere Staaten ermutigt, sich ebenso zum Rechtsvollstrecker über ihre schwächeren Gegner aufzuspielen. Die Nato – einst „zur Verteidigung westlicher Staaten gegen die Sowjet Union ins Leben gerufen – wurde nach dem Zusammenbruch der Sowjet Union zum Instrument von Amerikas neuer Weltordnung. Demnach nimmt sich die Führung der USA das Recht heraus, nach eigenem Gutdünken zu

bestimmen, wo Menschenrechte verletzt werden und welcher Staat ein Schurkenstaat ist. Die US-Regierung handelt – wie dies Außenministerin Madleen Albright unverblümt kundgetan hat – nach der Devise „multilateral reagieren, wenn wir können, und unilateral, wenn wir müssen“. Der Nato-Krieg gegen Jugoslawien trägt ohne jeden Zweifel die Handschrift der US-Regierung. Sie hat ihre Kriegsziele auf der ganzen Linie erreicht: die UNO – nach dem Bosnienkonflikt - abermals als eine für Konfliktbeilegung untaugliche Instanz desavouiert und der Handlungsspielraum europäischer Staaten, den Kosovokonflikt im Rahmen der OSZE beizulegen, beschnitten. Dadurch fügte die US-Regierung Europas Ansehen großen Schaden zu, polierte dagegen das eigene Ansehen auf dem ganzen Balkan kräftig auf und verschaffte sich in Albanien und im Kosovo neue geostrategische Stützpunkte für mögliche künftige Interventionen in ölreiche Regionen des Persischen Golfes und des Kaspischen Meeres. Obendrein kann sich die US-Regierung positiv zurechnen, der eigenen Rüstungsindustrie für Jahre neue Rüstungsaufträge verschafft zu haben. Um diese Ziele zu erreichen, wurden keinerlei Versuche unternommen, um Milosevic durch friedliche Mittel zur Aufgabe seiner menschenrechtsfeindlichen Politik zu zwingen, nicht einmal wurde die Möglichkeit einer umfassenden Unterbindung von Öl- und Waffenlieferungen erwogen. Stattdessen manövrierte die US-Führung Rußland und China aus, setzte die europäischen Nato-Partner unter Druck und instrumentalisierte die UCK-Führung, um das Rambouillet-Diktat und damit den Nato-Krieg als unausweichlich erscheinen zu lassen.

Besonders verhängnisvoll ist dabei die unsägliche Rolle der rot-grünen Bundesregierung. Anstatt vor dem Hintergrund ihres eindrucksvollen Wahlsieges im September 1998 die Aufbruchstimmung für eine neue Politik und die ablehnende Haltung der Bevölkerungsmehrheit gegen die Beteiligung Deutschlands an militärischen Interventionen selbstbewußt zu nutzen und gegen die völkerrechtswidrigen Bestrebungen der US-Regierung Widerstand zu leisten, hat sich die rot-grüne Koalition vor den Karren der US-Außenpolitik spannen lassen. Der neu gewählten Bundesregierung war offensichtlich eine störungsfreie Übernahme der Regierungsgeschäfte wichtiger als der US-Regierung Nein zu sagen. Zur Rechtfertigung ihrer vasallenhaften Entscheidung dämonisierten Außenminister Fischer und Verteidigungsminister Scharping den serbischen Feind, sie erfanden den „Hufeisenplan“, instrumentalisieren schamlos den Holocaust, machten Milosevic zum neuen Hitler, übertrieben die Greuelthaten der Serben, während sie die Brutalität der Kosovo-Albaner ignorierten. Der „menschenrechtliche Notfall“ wurde mit allen propagandistischen Mitteln regelrecht inszeniert, um den Nato-Krieg im Sinne der amerikanischen Führung zu legitimieren.

Die Bundesregierung hat die historische Chance gründlich vertan, durch eigene Wege friedlicher Konfliktbeilegung in Europa, neues Selbstvertrauen zu gewinnen und glaubwürdig für die Stärkung der UNO einzutreten.

Das Versagen der Bundesregierung dokumentiert die Grenzen des Parteienstaates. Auch im Falle Kosovo wurden parlamentarische Gremien vor vollendete Tatsachen gestellt. Der Bundestag entschied sich für den Krieg gegen Jugoslawien ohne die genaue Kenntnis aller entscheidungsrelevanten Sachverhalte. Und er ist auch außerstande, die eigene Entscheidung nachträglich zu hinterfragen.

Für uns steht fest: Die Parteiendemokratie bedarf in existentiellen Fragen wie Krieg und Frieden eines zivilgesellschaftlichen Gegengewichts. Es ist an der Zeit, daß deutsche und internationale Friedensorganisationen für sich substantielle Interventionsmöglichkeiten offensiv einfordern, die geeignet sind, um der monopolistischen Informations- und Definitionsmacht der Regierung in Fragen Krieg und Frieden zivilgesellschaftlich entgegen zu wirken und den Mißbrauch von politischer Macht für eigene Zwecke rechtzeitig zu verhindern.

Wir rufen dazu auf, gemeinsam nach geeigneten Wegen für dieses Ziel zu suchen, das jetzt auf der Tagesordnung steht.

Entwurf von Mohssen Massarrat

Osnabrück, den 24. September 2000

Alle denen Informationen zum Konflikt fehlen, können auf folgende Quellen verwiesen werden:

- Panorama-Sendung 587 am 18.05.2000: Enthüllungen eines Insiders. Scharpings Propaganda im Kosovo-Krieg.
- Fernsehdokumentation ARD am 23.08.2000: Bomben und Moral – Der Nato-Krieg in Serbien und im Kosovo.
- Komitee für Grundrechte und Demokratie, 1999: Kosovo-Jugoslawien-Nato. Bilanz eines angeblich humanitären Krieges.
- Noam Chomsky: Die USA und das internationale Recht: Das Besorgnis erregende Konzept vom Schurkenstaat, in: Le Monde Diplomatique vom August 2000.
- Mohssen Massarrat: Der Nato-Krieg gegen die Bundesrepublik Jugoslawien. Lehren für eine Pazifistische Perspektive und europäische Friedenspolitik, in: Osnabrücker Jahrbuch für Frieden und Wissenschaft, 2000.